

Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer MdB
Politischer Bericht der Bundesvorsitzenden der Frauen Union der CDU Deutschlands
Bundesdelegiertentag der Frauen Union
am 22./23. Oktober 2011
in Wiesbaden

E S G I L T D A S G E S P R O C H E N E W O R T

Leymah Gbowee,
Tawakkul Karman,
Ellen Johnson Sirleaf,

wer kannte bis vor Kurzem diese Namen?

Vor zwei Wochen ging die Nachricht um die Welt: Diese drei mutigen Frauen erhalten den Friedensnobelpreis.

Sie stehen für den Kampf um Frauenrechte weltweit, für Sicherheit und Fortschritt in Afrika, für Freiheit und Demokratie in der arabischen Welt – und auch für die Hoffnung, dass Frauen vernünftiger mit Macht umgehen als Männer, so die Süddeutsche Zeitung (08./09.10.2011).

Das Nobelpreiskomitee erklärte:

„Wir können Demokratie und dauerhaften Frieden auf der Welt nicht erreichen, wenn Frauen nicht dieselben Möglichkeiten wie Männer zur Beeinflussung von Entwicklungen auf allen Ebenen der Gesellschaft bekommen.“

Das ist eine starke Botschaft weit über Afrika und Arabien hinaus, eine starke Botschaft für die ganze Welt!

Für unsere Bundeskanzlerin ist die Vergabe des Friedensnobelpreises an die Frauentrias „ein sehr gutes Signal“. Angela Merkel weiß, wovon sie spricht. Sie hält die Fäden in der Hand, in Deutschland und in Europa. Das stellt sie gerade in schwierigster Situation immer wieder unter Beweis:

- Vor drei Jahren in der internationalen Finanzkrise,
- nach der Katastrophe von Fukushima
- und jetzt, wenn es um die Zukunft des Euros und Europas geht.

Die Entscheidung des Bundestags zur Erweiterung des Rettungsschirms halte ich für richtig. Sie ist zugleich das klare Signal an alle, dass für uns Europa mehr ist als eine Wirtschafts- und Währungsunion.

Was heißt das, mehr Europa? Eine zentrale Antwort lautet: Aus der Währungsunion muss eine Stabilitätsunion werden.

Aber die europapolitische Vision der Union reicht weit darüber hinaus. Die großartige Idee von Europa ist die des Garanten von Frieden und Freiheit. Das war und ist der tragende Gedanke von Konrad Adenauer über Helmut Kohl bis Angela Merkel.

Der Blick in die Zukunft zeigt uns: Der europäische Anteil am globalen Inlandsprodukt wird bis 2050 auf 10 Prozent sinken. Am Ende unseres Jahrhunderts machen die Europäer gerade noch 5 Prozent der Weltbevölkerung aus. Wenn Europa jetzt nicht zusammensteht, dann wird es morgen den weltweiten Wettbewerb verlieren!

Das betrifft massiv auch unsere Wettbewerbsfähigkeit und das Leben in unserem Land. Europa – das ist unsere Chance! Und wer, wenn nicht die Union, kann diese große Herausforderung meistern?

Ich wünsche mir mehr Zuversicht in unseren eigenen Reihen.

Wenn Robinson Crusoe auf seiner einsamen Insel eine Flaschenpost mit den Eckdaten aus Deutschland bekommen würde, dann wollte er sicherlich nur von einem deutschen Schiff gerettet werden! Denn wir haben die niedrigste Arbeitslosigkeit und ein solides Wirtschaftswachstum.

Damit hätte man zu anderen Zeiten problemlos Wahlen gewinnen können. Tatsächlich aber herrschen große Unsicherheit und Skepsis.

Die beiden Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz stehen für das Wechselbad der Gefühle. Der Verlust der Regierung gerade in unserem Stammland Baden-Württemberg nach 58 Jahren ist bitter für uns alle.

Als Rheinland-Pfälderin habe ich einen völlig anderen Wahlabend erlebt. Wir stellen zwar nicht die Landesregierung, aber die CDU ist wieder da! Mit Julia Klöckner an der Spitze.

Geschlossenheit, Kampfeswille und Begeisterungsfähigkeit – das sind die drei Erfolgsfaktoren!

Ein Erlebnis im Wahlkampf von Baden-Württemberg hat mich jenseits von Stuttgart 21 und Fukushima mehr als nachdenklich gemacht. Ein Bürger – kein CDU-Mitglied – sagte mir: Sie können sicher sein, wir haben in Baden-Württemberg noch immer gewusst, wen wir wählen.

Heute frage ich: Waren wir uns zu sicher? Dazu passt die selbstkritische Feststellung einer unserer Frauen aus Baden-Württemberg: Wir haben verlernt zu argumentieren.

Das muss uns aufrütteln. Wir müssen für unsere Überzeugungen werben.

Wir müssen wieder mehr auf die Menschen zugehen, mit Ihnen sprechen, sie frühzeitig mitnehmen und zu aktiven Beteiligten machen. Die Zeiten, wo im Kreisvorstand und in der Fraktion hinter verschlossenen Türen ein Beschluss gefasst und verkündet wurde, sind vorbei. Heiner Geißler hat gezeigt, wie es geht.

Gemeinsam den Weg zu gestalten, offen zu sein, das gilt ganz besonders in der Integrationspolitik.

Deshalb habe ich von Anfang an die Migranten und die gesellschaftlichen Gruppen an den Tisch geholt. Denn Integration gelingt nur gemeinsam.

Dass sich das Bohren dicker Bretter lohnt, zeigt sich an zwei Gesetzen.

1. Zwangsverheiratung: Der von uns geforderte eigene Straftatbestand konnte durchgesetzt werden. Zugleich haben wir ein Rückkehrrecht für Mädchen und junge Frauen geschaffen, die bei uns aufgewachsen sind und gegen ihren Willen im Herkunftsland ihrer Eltern verheiratet werden. Wir lassen niemanden allein. Aber jeder muss wissen: Heiratsverschleppung ist kein Kavaliersdelikt.
2. Das Gesetz zur Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen.

Es ist ein Quantensprung in der Integrationspolitik. Dafür habe ich lange gekämpft!

Die Oberärztin aus der Ukraine, die nur als Hilfskraft arbeiten darf. Der Ingenieur, der Taxi fährt. Das können wir uns nicht länger leisten. Damit ist jetzt Schluss!

Das Anerkennungsgesetz steht für die Anerkennung von Lebensleistung. Es ist Teil unserer neuen Willkommenskultur!

Jetzt ist es an der Zeit, dass wir uns grundsätzlichen Fragen des Zusammenlebens zuwenden. Die Vielfalt in unserem Land wird weiter zunehmen. Viele leben schon in der dritten und vierten Generation hier.

Nehmen Sie zum Beispiel Frankfurt: Mehr als 68 Prozent der Kinder unter 6 Jahren stammen aus einer Zuwandererfamilie. Nehmen Sie Stuttgart: Menschen aus mehr als 120 Ländern leben dort zusammen.

Was bedeuten Heimat und Identität für diese Menschen? Wo fühlt man sich zu Hause? Wie lange ist man Migrant? Aber wir müssen uns auch selbst fragen, wie wir mit der wachsenden Vielfalt umgehen. Macht sie uns Angst oder sehen wir Vielfalt als Chance?

An diesen Fragen ist erkennbar, die Integrationsdebatte ist die Zukunftsdebatte für unser Land. Die Fragen kann man nicht im stillen Kämmerlein beantworten. Wir brauchen einen breiten gesellschaftlichen Konsens.

Deshalb habe ich den Bundesbeirat für Integration geschaffen. Ihm gehören nicht nur Migranten, sondern Vertreterinnen und Vertreter aller gesellschaftlichen Gruppen an. Denn wir reden miteinander und nicht übereinander!

Wir dürfen als Union diese Grundsatzfragen des Zusammenlebens und des Zusammenhalts nicht anderen überlassen. Das zeigen uns die dramatischen Versäumnisse einer vermeintlichen Integrationspolitik von Rot-Grün.

Die Kernfrage nach dem gesellschaftlichen Zusammenhalt, nach unseren gemeinsamen Werten ist eng verknüpft mit einer Frage, der wir uns als Frauen Union immer wieder zuwenden: „Wie wollen wir morgen leben?“ Das christliche Menschenbild gibt uns Orientierung.

Wenn ich einmal unsere Themen als Frauen Union nehme, heißt das:

- Wir treten für Lebensschutz vom Anfang bis ans Ende des Lebens ein.
- Wir stehen für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.
- Wir treten für Gleichberechtigung und Partnerschaftlichkeit ein.
- Für uns ist die Familie das Fundament unserer Gesellschaft.

Aber – und das ist entscheidend: Wir wissen, die Herausforderungen von heute sind nicht mit den Rezepten von gestern zu lösen. Das gilt für die großen gesellschaftspolitischen Themen in besonderem Maße:

- für die Bildungsfrage,
- für die Integration,
- für eine zeitgemäße Frauen- und Familienpolitik.

Wer vermeintlich prinzipientreu agiert und das Rad für Frauen und Familien zurückdrehen will, dem sage ich in aller Deutlichkeit: Das ist mit uns nicht zu machen.

Ja, wir sind in einer Zeit des Umbruchs. Und wir nehmen die Herausforderung an!

Unser Weg, der Weg der Frauen Union, heißt:

- Frauen brauchen Perspektiven und
- Frauen schaffen Perspektiven.

I. Frauen im Aufwind

Wir Frauen sind im Aufwind. Im Bund, in den Ländern, in den Kommunen stehen Frauen an der Spitze. Das haben wir uns hart erkämpft. Und diesen Weg gehen wir konsequent weiter.

Roland Koch, Ole von Beust, Günther Oettinger, Jürgen Rüttgers, Peter Müller.

Alle weg!

Viele meinten, das sei das Ende der Ära der CDU. Das Gegenteil ist der Fall.

Natürlich, es ist ein Einschnitt, eine Zäsur. Aber es ist auch Aufbruch und Neubeginn. Und es ist eine Chance für uns Frauen. Für Aufstieg, Einfluss und Macht. Wir Frauen werden diese Chance nutzen!

Liebe Frauen,

auf dem Bundesdelegiertentag vor 10 Jahren haben wir begeistert Angela Merkel als erste weibliche Vorsitzende der CDU gefeiert. Was haben wir in diesen 10 Jahren nicht alles erreicht! Damals gab es in der Riege der CDU-Ministerpräsidenten und der CDU-Fraktionsvorsitzenden keine einzige Frau.

Heute stehen fünf Frauen an der Spitze:

- Angela Merkel – unsere Bundeskanzlerin,
- Christine Lieberknecht in Thüringen,
- Annegret Kramp-Karrenbauer im Saarland,
- Saskia Ludwig in Brandenburg und
- Julia Klöckner in Rheinland-Pfalz.

Wir stellen zahlreiche Ministerinnen und Staatssekretärinnen, Oberbürgermeisterinnen und Landrätinnen!

Unsere Forderungen sind Wirklichkeit geworden. Unsere Strategie ist aufgegangen.

Dieses Jahrhundert wird das Jahrhundert der Frauen. Wir haben dafür die Weichen gestellt!

Denn Frauen in Spitzenpositionen verändern die Gesellschaft.

- Weil wir Vorbild für andere sind.
- Weil wir andere Erfahrungen mitbringen.
- Weil wir andere Forderungen stellen.

Erinnern wir uns: Rita Süßmuth hat das Amt der Bundestagspräsidentin genutzt, um unseren Anliegen Nachdruck zu geben. Sie hat uns damit weit nach vorne gebracht.

Annegret Kramp-Karrenbauer hat nach ihrer Wahl zur CDU-Landesvorsitzenden öffentlich erklärt „Auch ich bin eine Quotenfrau“. Liebe Annegret: Das war nicht nur mutig von Dir. Damit nimmst Du den Quotenkritikern den Wind aus den Segeln.

Wir Frauen besetzen Spitzenpositionen in der Politik. Das muss, ja, das wird so bleiben. Im Interesse unserer Gesellschaft und unseres Landes.

Wie sieht es an der Spitze der Wirtschaft aus?

Nach 10 Jahren freiwilliger Selbstverpflichtung ist Deutschland mit Blick auf Frauen im Topmanagement immer noch Entwicklungsland. Die wenigen Frauen in Vorständen konnte man im letzten Jahr fast an einer Hand abzählen.

97 Prozent der Vorstände sind noch immer Männer.

In den 160 börsennotierten Unternehmen sind nur 12 Prozent der Aufsichtsratsmitglieder Frauen! Und das im Jahr 2011!

Damit geben wir uns nicht zufrieden! Das muss sich ändern!

Liebe Frauen,

wenn heute noch ein Unternehmensvorstand vor hunderten von Frauen behauptet, er habe keine geeignete Kandidatin gefunden, dann ist das ein Offenbarungseid auf ganzer Linie.

Die Uhr tickt: 2013 werden zahlreiche Aufsichtsratspositionen neu vergeben.

Deshalb wollen wir eine gesetzliche Regelung! Und zwar jetzt!

Norwegen hat mit seiner Gesetzesinitiative schon 2004 den Weg gewiesen.

Frankreich hat Anfang des Jahres nachgezogen. Und hier in Deutschland? – bisher Fehlanzeige!

Doch die Frauen Union ist mit der Kampagne „Chefin? - Na klar!“ vorangegangen. Mit unserer Forderung nach einer gesetzlichen Quote haben wir den Nerv getroffen.

Gemeinsam mit anderen Frauenverbänden, wie FidAR, dem Unternehmerinnenverband und dem Deutschen Frauenrat haben wir öffentlich Druck gemacht. Wir haben die Unternehmen aus ihrem Dornröschenschlaf geweckt. Jetzt müssen sie nachholen, was sie in mehr als 60 Jahren verschlafen haben.

Deshalb fordern wir die Verabschiedung eines gesetzlichen Stufenplans. Unser Ziel sind kurzfristig 30 Prozent Frauen in Aufsichtsräten, längerfristig eine 40-Prozent-Quote für Frauen und Männer. Für Vorstände wollen wir zunächst eine Flexi-Quote. Langfristig müssen Frauen auch in Vorständen gleichberechtigt vertreten sein.

Nach dem Stufenplan sind die Unternehmen zunächst gefordert, selbst zu handeln. Wenn dies nicht geschieht, dann greift die gesetzliche Quote!

Jetzt, wo den Unternehmen der Wind ins Gesicht bläst, bewegt sich endlich etwas.

Am Montag haben die 30 Dax-Unternehmen ihre Selbstverpflichtungen zu mehr Frauen in Führungspositionen auf den Tisch gelegt. Kein Zweifel – das ist ein Fortschritt. Aber sie bleiben mit ihren Vorschlägen auf der unteren und mittleren Führungsebene stehen. Kein Wort zu mehr Frauen in Vorständen, kein Wort zu mehr Frauen in Aufsichtsräten.

Damit ist für uns Frauen in der CDU klar: Eine gesetzliche Regelung noch vor 2013 ist unverzichtbar!

Die FDP muss ihre Blockadehaltung endlich aufgeben. Wir haben im Koalitionsvertrag vereinbart, den Anteil von Frauen in Führungspositionen zu erhöhen. Pacta sunt servanda!

Was wir für die Wirtschaft fordern, gilt selbstverständlich auch für den öffentlichen Dienst! Und zwar für alle Ebenen: Bund, Länder und Gemeinden. Alle müssen ihre Hausaufgaben machen!

Liebe Frauen,

nehmen Sie einmal die Vergabe von Aufsichtsratsmandaten in Ihrer Gemeinde, in ihrer Stadt genau unter die Lupe! Es lohnt sich!

Wir gewinnen mehr und mehr Verbündete! Und die Erkenntnis setzt sich durch: Mehr Frauen in Führungspositionen sind wichtig für den Erfolg in der Wirtschaft.

Liebe Frauen,

vor fünf Jahren habe ich mit vier großen international aufgestellten Unternehmen die Charta der Vielfalt nach Deutschland geholt. Unser Ziel war, binnen eines Jahres 100 Unternehmen für diese Idee zu begeistern.

Heute gehören mehr als 1100 Unternehmen, große Organisationen, Kommunen, auch Bundesministerien und Bundesländer der Charta der Vielfalt an. Mehr als fünf Millionen Beschäftigte sind durch die Charta erfasst.

Ich hätte nie gedacht, dass ich das größte Unternehmensnetzwerk in Deutschland aus der Taufe heben würde. Jetzt ist es Realität. Alle diese Unternehmen und Institutionen haben sich verpflichtet, Frauen bessere Chancen zu geben – auch im eigenen Interesse.

Als ich im September die Personalvorstände der größten Unternehmen zu Gast im Bundeskanzleramt hatte, fragte ich sie nach ihrem wichtigsten Ziel. Die Antwort war eindeutig: Mehr gut qualifizierte Frauen!

Es überrascht nicht, dass Thomas Sattelberger zu dieser Runde gehört. Er hat als Personalvorstand der Telekom mit der 30-Prozent-Quote für Frauen Maßstäbe gesetzt.

Es geht eben um mehr als eine Frauenquote. Es geht um eine neue Unternehmenskultur!

Der Wettbewerb ist eröffnet. Wir Frauen sind im Aufwind! Lassen Sie uns diese Chance jetzt nutzen!

II. Hürden nehmen

Frauen und Arbeitswelt – hier muss endlich mehr geschehen!

Im Koalitionsvertrag 2009 haben wir drei wichtige Maßnahmen festgeschrieben:

- Erleichterungen für den beruflichen Wiedereinstieg.
- Das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“.
- Die Erhöhung des Anteils von Frauen in Führungspositionen.

Das muss genauso gesellschaftliche Wirklichkeit werden wie:

- Der Ausbau der Kinderbetreuung – auch für die Kleinsten,
- mehr Ganztagschulen,
- die bessere steuerliche Absetzbarkeit von Dienstleistungen im Privathaushalt
- und das Elterngeld mit Vätermonaten.

So manchem in der Union ist eine moderne Familienpolitik ein Dorn im Auge. Sie stellen das Elterngeld in Frage. Sie wollen ein Betreuungsgeld nur für Eltern, die keine Kinderbetreuung in Anspruch nehmen. Das ist der falsche Weg!

Die Lebenswirklichkeit hat sich verändert. Wir wollen, dass Familie gelebt werden kann, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gelingt, dass Mutter und Vater Zeit für ihre Kinder haben und im Beruf vorankommen.

Junge Familien brauchen Perspektiven und sie brauchen Verlässlichkeit. Deshalb lassen wir am Elterngeld nicht rütteln.

Aus vollem Herzen sage ich Ja zur besseren Anerkennung der Erziehungsarbeit. Mütter hatten viel zu lange das Nachsehen. Die niedrigen Renten von Müttern sind der traurige Beweis dafür.

Lassen Sie uns beim Betreuungsgeld genau hinschauen! Deshalb haben wir in der Frauen Union unsere Mitglieder nach ihrer Meinung gefragt.

Die entscheidende Frage ist doch: Wem soll das Betreuungsgeld zugute kommen? Den Kindern? Den Müttern?

Wir wollen, dass die jungen Mütter dieses Geld konkret für sich nutzen können. Für ihr berufliches Fortkommen, für ihre Altersvorsorge, für ihre Zukunft. Das Betreuungsgeld darf nicht einfach in der Haushaltskasse versickern!

Deshalb soll das Betreuungsgeld nicht bar ausgezahlt werden. Jede Mutter soll selbst entscheiden können, ob sie es

- für den beruflichen Wiedereinstieg,
- für die gesetzliche oder private Rentenvorsorge
- oder für eine ergänzende Pflegeversicherung einsetzt.

Und Migrantinnen könnten es für Deutschkurse nutzen, um sich noch besser zu integrieren.

Das Betreuungsgeld soll Müttern gezielt zu gute kommen.

Wir haben unsere Forderung als Antrag an den Bundesparteitag der CDU eingebracht. Werben Sie schon heute in Ihren Verbänden und bei den Delegierten um eine breite Unterstützung.

Die Vereinbarkeit von Familie und Pflege wird immer wichtiger - für Männer genauso wie für Frauen. Die am Donnerstag im Deutschen Bundestag beschlossene Familienpflegezeit hilft Familien. Kristina Schröder hat ein modernes Modell entwickelt. Alle profitieren davon.

Mit der Familienpflegezeit können wir uns um unsere Eltern kümmern und trotzdem weiterarbeiten. Die pflegebedürftige Mutter und der gebrechliche Vater können in ihrer vertrauten Umgebung bleiben. Das wollen wir doch.

Viele Frauen haben im Beruf zurückgesteckt: wegen der Kinder, wegen der alten Eltern. Der berufliche Wiedereinstieg ist jedoch oft ein Hindernislauf.

An den alten Arbeitsplatz können sie meist nicht zurückkehren. Viele brauchen zunächst eine berufliche Weiterbildung. Das ist das eine.

Und zu Hause? Zu Hause hat sich die Familie daran gewöhnt, dass die Mutter sich um fast alles kümmert. Wir wissen alle, auch wenn beide Ehepartner berufstätig sind, tragen Frauen den größten Teil der Hausarbeit. An sich selbst denken sie zuletzt.

Wen wundert es da, dass Frauen sich mehrheitlich eine Teilzeitbeschäftigung wünschen? Sie glauben, so allem am besten gerecht zu werden. Das aktuell geringere Einkommen nehmen sie dabei in Kauf.

Nicht jeder Ehemann ist spontan begeistert, wenn seine Frau wieder arbeiten möchte.

Wenn dann noch Kosten hinzukommen - für Kinderbetreuung, eine Haushaltskraft oder für Weiterbildung, dann müssen Frauen für den beruflichen Wiedereinstieg kämpfen. Das kostet viel Kraft, und, so verrückt es klingt, es kostet auch Geld.

Deshalb stellen wir drei klare Forderungen:

- die volle steuerliche Absetzbarkeit von Haushaltshilfen,
- die Wiedereinstiegszeit und
- den Rechtsanspruch auf Rückkehr in Vollzeit.

Wir haben den Arbeitsplatz Privathaushalt auf die politische Agenda gesetzt, und wir haben die steuerliche Absetzbarkeit durchgesetzt.

Lange Zeit schallte uns der Vorwurf entgegen, ein „Dienstmädchenprivileg“ für Besserverdienende anzustreben. Das war der geradezu unsinnige Versuch der SPD, ideologische Schlachten von gestern zu führen. So hat man die Frauen und die Familien im Regen stehen lassen.

Wenn die SPD das Thema jetzt langsam entdeckt, sage ich nur: Für Einsicht ist es nie zu spät und im Himmel herrscht große Freude über jeden reuigen Sünder.

Heute ist klar: Der Ausbau des Dienstleistungssektors Privathaushalt ist ein wichtiger Beitrag zur Sicherung des heimischen Arbeitsmarkts. Damit das gelingt, muss er für alle attraktiv sein. Hemmschwellen müssen weiter abgebaut werden.

Deshalb kämpfen wir weiter für die volle steuerliche Absetzbarkeit. Und wir gehen noch einen Schritt weiter: Für diejenigen, die die Vorteile der steuerlichen Absetzbarkeit nicht in Anspruch nehmen können, fordern wir eine Gutscheinelösung! Gerade für Wiedereinsteigerinnen und Ältere wird das von Vorteil sein.

Der Arbeitsplatz Privathaushalt muss endlich wie jeder andere Arbeitsplatz behandelt werden!

Ingrid Fischbach und den Kolleginnen in unserer Bundestagsfraktion danke ich sehr herzlich, dass sie hierfür die Weichen stellen.

Mit der zweiten Forderung, der Wiedereinstiegszeit für Ehepartner, beschreiten wir einen neuen Weg. Für einige mag dieser Vorschlag überraschend sein. Aber er wird vielen Frauen helfen, die dann auf die konkrete Unterstützung durch ihren Mann setzen können. Das stärkt die Partnerschaft und das erleichtert die Berufsrückkehr. Ich finde den Vorschlag durchaus reizvoll!

Die dritte Forderung greift das Anliegen von Frauen auf, die ihre Arbeitszeit wegen ihrer Kinder reduziert haben und jetzt wieder Vollzeit arbeiten möchten.

Bislang konnten wir das Rückkehrrecht auf einen Vollzeitarbeitsplatz nicht gegen die Wirtschaft durchsetzen. Deshalb stellen wir die Forderung jetzt erneut.

Aus Erfahrung wissen wir: Es ist wichtig, diese Tür zu öffnen.

Denn für Frauen schnappt irgendwann die Teilzeitfalle zu.

- Das berufliche Fortkommen ist schwieriger.
- Das eigene Einkommen bleibt niedriger.
- Die eigene Rente ist geringer.

Wir brauchen eine verlässliche Rückfahrkarte zur Vollzeitstelle. Teilzeit darf nicht zur Sackgasse werden!

„Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ das ist eine unserer Kernforderungen seit Jahren, ja seit Jahrzehnten. Dennoch: Es ist auch die Forderung, die viele Männer heute nicht verstehen. Es stimmt: Unmittelbare Lohndiskriminierung gibt es in Deutschland kaum noch.

Aber es gibt ihn – den Lohnunterschied! 23 Prozent – fast ein Viertel!

- Es fängt schon bei der Berufswahl an: Eine Friseurin verdient gerade einmal 800 Euro netto. Und das bei 3 Jahren Ausbildungszeit.
- Dort, wo überwiegend Frauen arbeiten, ist das Gehaltsniveau tendenziell niedriger.
- Frauen unterbrechen ihre Berufstätigkeit oder wählen Teilzeitarbeit.

Selbst im öffentlichen Dienst, bei dem die Gehaltsstufen klar definiert sind, bekommen Männer im Schnitt höhere variable Gehaltsbestandteile.

In Europa gehört Deutschland mit dieser Lohnlücke von 23 Prozent zu den Schlusslichtern. Das darf nicht so bleiben!

Früher hieß es oft, „die Frauen verdienen sich ein Zubrot“ – diese Zeiten sind zum Glück lange vorbei.

Es gibt immer mehr Frauen, die ihre Familie alleine oder überwiegend ernähren. Sei es als Alleinerziehende oder weil der Ehemann arbeitslos ist.

Für viele Familien geht es ganz einfach darum, ob jeden Monat genug Geld da ist oder nicht.

Wir dürfen nicht zusehen, wenn sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze in Minijobs umgewandelt werden. Davon sind längst auch Frauen mit einer qualifizierten Ausbildung betroffen. Die Verkäuferin ebenso wie die medizinische Fachangestellte oder die Bedienung im Restaurant.

Wir müssen den Missbrauch bei den Minijobs bekämpfen.

Am Equal Pay Day sind wir mit unserer Forderung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ auf die Straße gegangen. Wir haben Flagge gezeigt und aufgeklärt.

Nur so verändern wir etwas!

Die Tarifparteien werden es allein nicht richten. Die Zeit der Appelle ist vorbei. Wir wollen gesetzlich verankern, dass die Entgeltunterschiede verschwinden.

Mit der Forderung nach einem Mindestlohn haben wir uns im Bundesvorstand der Frauen Union intensiv befasst. Niedrige Löhne gibt es vor allem im Dienstleistungsbereich. Frauen sind davon massiv betroffen. Das ist ein Skandal. Eine Lohnuntergrenze würde vielen Frauen endlich ein auskömmliches und gerechtes Einkommen sichern.

Deshalb unterstützen wir die Forderung der CDA nach einer Lohnuntergrenze. Denn Leistung muss sich lohnen: Für Frauen wie für Männer.

Dazu gehören faire Löhne, faire Arbeitsbedingungen und eine gerechte Rente im Alter. Die Altersversorgung muss der Lebensleistung der Frauen entsprechen!

Altersarmut darf nicht wieder weiblich werden. Die private und betriebliche Altersvorsorge muss sich auch für Frauen mit niedrigem Einkommen rechnen.

Wir halten an unserer Forderung fest. Wir wollen die stärkere Anerkennung der Kindererziehung in der Rente. Dafür habe ich bei den Koalitionsverhandlungen gekämpft. Jetzt kämpfe ich dafür, dass den Worten Taten folgen!

III. Perspektiven

Zu Beginn habe ich gesagt: Wir Frauen sind im Aufwind.

Wir haben viele gute Frauen in unseren Reihen. Sie prägen als Vorbild und Vordenkerin, als Hoffnungsträgerin und erfahrene Politikerin unsere Partei. Sie haben alleine schon durch ihre Tätigkeit Bewusstsein und Strukturen verändert. Sie machen die CDU für Frauen interessant und öffnen Türen.

In zahlreichen CDU Landes- und Kreisverbänden haben Frauen faire Chancen. Vieles ist selbstverständlich geworden, wofür wir lange gekämpft haben.

Wenn ich mich hier in Wiesbaden oder in meinem eigenen Wahlkreis Ludwigshafen umschaue, dann sind die Spitzenpositionen fest in Frauenhand. Das ist die eine Seite!

Je erfolgreicher wir sind, umso mehr treibt mich um: Es gibt sie immer noch - die ewig Gestrigen! Es gibt sie immer noch, die Kreisverbände und Landesverbände, in denen es immer wieder zu heftigen Auseinandersetzungen um das Quorum und die Kandidatur von Frauen kommt. Das ist die andere Seite!

Das ist für uns nicht hinnehmbar!

Bei Bundesdelegiertentagen haben wir wiederholt Beschlüsse gefasst, um solchen Missständen entgegenzutreten. Die CDU-Bundespartei unterstützt uns.

Aber wenn vor Ort kein Konsens über die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen erreichbar ist, dann rennen Frauen immer wieder gegen Wände.

Das geht oft an die Substanz. Allen, die für unsere Sache kämpfen und sich mutig der Auseinandersetzung stellen, sage ich Danke!

Sie können sich darauf verlassen: Ich lasse nicht locker. Wir stärken den Frauen vor Ort den Rücken. Zusammen sind wir stark.

Jede von uns weiß: Wir brauchen das Quorum. Aber das Quorum allein reicht nicht aus!

Der Blick auf die letzten Wahlen zeigt: CDU-Frauen erreichen wieder seltener Mandate.

Bei den sieben Landtagswahlen in diesem Jahr haben wir unser Ziel nur in 2 Landesverbänden erreicht: In der Bremischen Bürgerschaft sind 45 Prozent der CDU-Abgeordneten weiblich, in Rheinland-Pfalz sind es 34 Prozent.

In Hamburg, Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern liegt der Frauen-Anteil in unseren Fraktionen gerade mal zwischen 11 und 15 Prozent.

Das kann uns nicht ruhen lassen. Auch die CDU nicht.

Warum gibt es diese Rückschritte? Die Landeslisten ziehen immer seltener. Gerade wenn die CDU stärkste Fraktion wird, kommen nur die Direktkandidaten und-kandidatinnen durch.

Frauen werden oft nicht in einem aussichtsreichen Wahlkreis aufgestellt. Diese Männerdomäne muss geknackt werden! Wir müssen Frauen so stärken, dass sie die Kampfkandidatur um ein Mandat gewinnen – und wenn es nur mit einer Stimme Vorsprung ist!

Wir müssen Frauen ermutigen, den Sprung zu wagen. Als Kreis-, Bezirks- und Landesvorsitzende sind wir gefordert. Wir können Frauen gezielt unterstützen.

- Indem wir rechtzeitig überlegen, wann welche Positionen frei werden.
 - Indem wir Frauen langfristig aufbauen.
 - Indem wir ihnen helfen, in Schlüsselfunktionen zu kommen, z.B. den CDU-Kreisvorsitz.
- Denn solche Funktionen sind das Sprungbrett für weitere Aufgaben.

Liebe Frauen,

auch in den Kommunalparlamenten haben wir zu wenig weibliche Fraktionsmitglieder. Liegt das an der dreifachen Herausforderung Beruf – Familie – politisches Ehrenamt, die gerade Frauen zögern lässt?

Oder haben heute andere Interessen Vorrang? Wie können wir hier Abhilfe schaffen? Wie gewinnen wir Frauen für uns?

Wir müssen die Nachwuchsförderung gezielter angehen. Dabei denke ich nicht nur an junge Frauen.

Werben Sie um neue Mitglieder! Nutzen Sie unser Mentoring-Programm! Nutzen Sie unser Migrantinnen-Netzwerk! Nutzen Sie unsere Virtuelle Akademie für Ihr persönliches Coaching!

- Wir sind die Talentschmiede für Politikerinnen!
- Wir sind einer der größten Frauenverbände Deutschlands!
- Wir sind die größte Vereinigung der CDU!
- Ja, wir können es!
- So schaffen wir auch in Zukunft Perspektiven für Frauen in der Politik.
- Damit Frauen Perspektiven schaffen.

IV. Schluss

Liebe Frauen,

ich danke allen Mitgliedern im Bundesvorstand und in den Landesverbänden für die enge freundschaftliche Zusammenarbeit, die vielen Anregungen und Vorschläge. Unsere Ideen, unsere Hartnäckigkeit und unser Zusammenhalt – das ist unser bestes Kapital, das macht uns stark!

Dafür bedarf es auch der tatkräftigen Unterstützung durch die Bundesgeschäftsstelle. Ich danke unserer Bundesgeschäftsführerin Claudia Hassenbach und dem gesamten Team für die Arbeit, die sie Tag für Tag leisten. Das machen sie super!

Steve Jobs, der kreative Kopf von Apple, sagte einmal:

„Bleibt hungrig! Bleibt tollkühn!“

Danke!